

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Ulrich Kelber.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte es fast persönlich nehmen, dass so viele Kollegen den Raum verlassen, wenn man zur Klimapolitik redet. Das kann mir aber die gute Stimmung nicht verderben, da ich heute Morgen bei den Nachrichtenagenturen lesen konnte, dass der russische Außenminister Lawrow gestern auf der UN-Versammlung bestätigt hat, dass Präsident Putin fünf russischen Ministerien die Dokumente zur Ratifizierung des Kioto-Protokolls zugeleitet hat. Das erste Ministerium hat bereits zugestimmt. Wenn die anderen vier Ministerien ebenfalls zustimmen, soll das Unterhaus die Dokumente zur Ratifizierung des Kioto-Protokolls erhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie der Abg. Birgit
Homburger [FDP])

Das sollten wir im Hinterkopf behalten, da wir in der nächsten Woche über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion hier im Plenum – Mittwoch wurde er im Umweltausschuss debattiert – diskutieren werden, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Alternativszenarien bezüglich des Ratifizierungsverfahrens des Kioto-Protokolls durch **Russland** zu erarbeiten. Ich denke, wir können uns nächste Woche eine Debatte sparen.

- (B) Allerdings gibt es doch etwas, das mir meine gute Laune verderben kann. Wir führen zwar heute eine schöne Debatte über den Klimaschutz, aber in dem Antrag der Opposition, den wir im Umweltausschuss debattiert haben, ging es um weniger Klimaschutz. Der Kern des Antrags der CDU/CSU ist: Klimaschutz soll in der Dritten Welt selbst durch fragwürdige Projekte billig eingekauft werden und dadurch die Motivation zum Klimaschutz in Deutschland verringert werden. Ich glaube, dass es moralisch falsch ist, wenn der Norden, der für den größten Teil der Klimaverschlechterung verantwortlich ist, die Hauptlast der Aktivitäten zur Verbesserung des Klimaschutzes in der **Dritten Welt** erbringen will, seiner Beispielfunktion zu Hause aber nicht gerecht werden will. Ich glaube, dass es auch ökologisch falsch ist, weil man nicht nur kurzfristige Erfolge braucht, sondern auch langfristige. Es ist ökonomisch falsch, weil wir neue Produkte und neue Technologien brauchen, um bei uns Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir unterscheiden uns nicht in der Frage, ob wir die flexiblen Instrumente des Kioto-Protokolls, also Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Unternehmen der Industrieländer, wollen oder nicht. Wir wollen aber darüber hinaus, dass auch in Deutschland und Europa moderne Technologien entwickelt werden. Das geht nur, wenn es den Anreiz gibt, auch hier vor der eigenen Tür Klimaschutz zu betreiben.

In dem Antrag der Union kommt es zu einem der üblichen Oppositionsrituale. Dort steht, es gebe eine **EU-**

Verordnung und die deutsche Wirtschaft werde wieder einmal benachteiligt. Lassen Sie uns einmal schauen, was tatsächlich der Fall ist: Die Europäische Union hat sich längst darauf geeinigt, wie wir die flexiblen Instrumente des Kioto-Protokolls in Europa umsetzen wollen. Die Eins-zu-eins-Umsetzung in Deutschland ist gesichert, und zwar über zwei Wege: erstens durch die Zusage der Bundesregierung – mir ist klar, dass die Opposition daran nicht glaubt – und zweitens durch die Art und Weise des Emissionshandels in Europa. Dadurch wird jedes Unternehmen, selbst wenn wir in Deutschland ein anderes Recht der Nutzung der flexiblen Instrumente haben, in einem anderen europäischen Land diese anmelden und eins zu eins nach Deutschland übertragen können. Das heißt, es kann schon vom System her keine Benachteiligung der deutschen Wirtschaft geben. Deswegen sollte man eine solche Behauptung unterlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Union spricht von einer **unbegrenzten Nutzung**. Das hieße, dass es keinen Klimaschutz mehr in Europa gäbe. Die Obergrenze, die die Europäische Union vorschlägt, bedeutet, dass deutsche Unternehmen unbegrenzt nutzen können. Denn das, was Deutschland an der Nutzung der flexiblen Instrumente zugebilligt wird, ist mehr, als wir brauchen, um unser Kioto-Ziel bis 2010 zu erreichen.

Welches Interesse sollten wir daran haben, dass die Klimasünder in der EU, die ihren Ausstoß von CO₂ um 20 oder 30 Prozent reduzieren müssen, ihren Verpflichtungen mit fragwürdigen Aufforstungsprojekten in der Dritten Welt nachkommen können, anstatt moderne deutsche Technologie kaufen zu müssen, (D)

(Beifall des Abg. Horst Kubatschka [SPD])

die wir in unseren Unternehmen, Energieerzeugungsanlagen, Autos und Haushalten längst einsetzen? Daran müssen wir doch ein Interesse haben. Deswegen schadet der CDU/CSU-Antrag eindeutig deutschen wirtschaftlichen Interessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Gretchenfrage an CDU/CSU und FDP lautet: Wie haltet ihr es mit dem Klimaschutz? Heute liegt ein Antrag vor, mit dem erreicht würde, dass der Klimaschutz für viele Jahre in Deutschland unnötig gemacht würde. Im Sommer gab es den Versuch, die Emission von Treibhausgasen in Deutschland sogar noch zu erhöhen, anstatt sie zu senken.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Ist doch
Quatsch!)

CDU/CSU und FDP stimmen gegen alles, was mit Klimaschutz zu tun hat.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Das ist Ihr
Märchen!)

Ein einfaches Beispiel sind die **erneuerbaren Energien**, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist. Es geht um eine schnelle Markteinführung neuer Technologien. Wir

Ulrich Kelber

- (A) haben sinkende Preise erzielt und eine steigende Anzahl von Jobs erreicht. Weiterhin konnte die Emission von Treibhausgasen reduziert werden. Die Zwischenrufe, die man jetzt vielleicht auch im Publikum hören kann, hat es auch schon in der letzten Sitzungswoche gegeben, als ich diese Kritik vorgebracht habe. Deswegen werde ich heute zusätzliche Fakten auf den Tisch legen.

Zunächst einmal komme ich zur FDP und zum Thema erneuerbare Energien und Windenergie. Die FDP lehnt die heutige Förderung ab, die uns – wie gesagt – zum Weltmarktführer gemacht hat. Sie fordert Ausschreibungsmodelle mit Mengenregelungen. So ist es doch, Frau Homburger? Das will die FDP haben. Lassen Sie uns einmal auf die Zahlen von Europa schauen. Ich nehme vier große Länder. Deutschland und Spanien haben eine Förderung nach dem deutschen System, Großbritannien und Italien haben ein Ausschreibungsmodell mit Mengenregelung, also ein System, wie es die FDP haben will.

Fangen wir mit der installierten Leistung an. Die lag Ende 2003 in Großbritannien bei 649 Megawatt, in Italien bei 904 Megawatt.

(Birgit Homburger [FDP]: Quatsch!)

In Spanien lag die Leistung bei 6 202 Megawatt, in Deutschland bei 14 602 Megawatt. Das Modell der Koalition ist also um den Faktor 10 bis 15 erfolgreicher als das von der FDP und der CDU/CSU.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Mengenlehre!)

(B)

Gehen wir zum nächsten Punkt: Preise pro Kilowattstunde. Es geht darum, was der Verbraucher bezahlen muss. In Großbritannien sind es 9,6 Cent pro Kilowattstunde, in Italien 13 Cent pro Kilowattstunde. In Spanien sind es 6,6 Cent pro Kilowattstunde, in Deutschland 6,6 bis 8,8 Cent pro Kilowattstunde. Auch hier ist das Modell von Rot-Grün 10 bis 50 Prozent günstiger für die Verbraucher als das der Opposition.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Punkt betrifft die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze. In Großbritannien waren es 3 000, in Italien 2 500, in Spanien 20 000 und in Deutschland 46 000 Arbeitsplätze. Also auch hier ist das Modell der Koalition um den Faktor 8 bis 20 erfolgreicher. Darüber sollte die FDP einmal nachdenken.

Der Kollege Pfeiffer hat für die CDU/CSU angekündigt, das Fördersystem bei den erneuerbaren Energien im Jahr 2007 kippen zu wollen. Frau Merkel – die frühere Umweltministerin – hat es wiederholt.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Sie waren am Mittwoch doch gar nicht dabei!)

Da Sie meine Kritik zurückweisen, zitiere ich aus „Spiegel Online“ vom 11. September 2004:

Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2006 drängt CSU-Chef Edmund Stoiber auf eine „umweltpoliti-

sche Offensive“ – und kritisiert die Schwesterpartei. So blockierten CDU-Mitglieder im Umweltausschuss Ökoprojekte wie die Energie sparende „Sanierung der Altbausubstanz“, die „Einführung von Rußfiltern für PKW“ ... Die Christsozialen bemängeln, die „Exportchancen“ für deutsche Umwelttechnik wie Windenergieanlagen oder Bio-Kraftwerke würden in der CDU/CSU-Fraktion zu wenig erkannt. Als einziger Unionsabgeordneter hatte ein CSU-Mann, der Forstingenieur Josef Göppel, Anfang April mit der Regierung für die umstrittene Gesetzesnovelle über erneuerbare Energien gestimmt.

Das ist einer von 248 und entspricht 0,4 Prozent Ihrer Fraktion!

Ich stimme Edmund Stoiber nicht oft zu, aber damit hat er Recht: Mit CDU/CSU und FDP ist kein konsequenter Klimaschutz möglich. Der vorliegende Antrag ist der erneute Beweis dafür. Der Umweltausschuss empfiehlt zu Recht, den Antrag abzulehnen. Wir schließen uns dieser Empfehlung an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich gebe Ihnen kurz das **Ergebnis der Wahl** von zwei Mitgliedern in das Gremium gemäß § 4 a des Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes bekannt. Von den 601 Mitgliedern des Deutschen Bundestages haben 581 ihre Stimme abgegeben. Davon sind 581 gültig. Es gab fünf Enthaltungen. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Abgeordnete Anja Hajduk 499 Stimmen und auf den Abgeordneten Otto Fricke 564 Stimmen. Die Abgeordneten haben die erforderliche Mehrheit von 301 Stimmen erreicht und sind damit Mitglieder des Gremiums nach § 4 a des Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes.¹⁾

Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Josef Göppel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Josef Göppel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, hier ist ein Kontrastprogramm angesagt. Es geht um die Frage, wie wir zu einem Klimaschutz und zu einem Weltklimaabkommen kommen, an dem auch die Entwicklungsländer ein finanzielles Interesse haben.

Ich habe vor zwei Tagen an der öffentlichen Sitzung des **Nachhaltigkeitsrates** teilgenommen.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Herr Kelber war nicht da!)

Der Vorsitzende, Volker Hauff, schloss die Sitzung mit den Worten: „Kioto ist keine tragfähige Lösung zur Stabilisierung des Weltklimas.“

¹⁾ Namensverzeichnis der Teilnehmer siehe Anlage 2